




Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

104. Jahrgang, Nr. 11

November 2022

Eigenverlag "Wilhelm Pieck" Redaktion und Vertrieb 10243 Berlin, Franz Mehring-Platz 1 Tel.: 0170/1831495 - Tel.: 0361/64458760	Gegründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg (wieder herausgegeben 1990 in der DDR)	 Einzelpreis: 1,80 Euro Jahres-Abonnement: 25,00 Euro Förder-Abonnement: 35,00 Euro
--	--	--

Nur einige Aspekte zum Völkerrecht

Völkerrecht, Menschenrechte und die UNO sind miteinander verbunden. Nach dem Ende des zweiten Weltkrieges waren sich die Länder einig, eine solche Katastrophe darf es nie wieder geben. Die sozialistische Sowjetunion konnte in diesem Gremium dafür ihren Einfluß geltend machen. Und so wurden viele schreckliche Kriege verhindert und in Europa kam es zur längsten Friedensperiode jemals. Heute ist die UNO zum Sprachrohr des Imperialismus verkommen.

Sehr oft wird sich im Umgang der Staaten untereinander auf das Völkerrecht bezogen. Gegenseitig werden sich Verstöße gegen dieses Recht vorgeworfen. Oftmals bekommt man den Eindruck, jeder verschiebt den Inhalt zu seinen Gunsten. Schauen wir uns nur einige Probleme in diesem Zusammenhang an.

Das Völkerrecht regelt die Beziehungen zwischen den Staaten auf der Grundlage der Gleichrangigkeit. Es ist eine überstaatliche, aus Prinzipien und Regeln bestehende, Rechtsordnung. Wichtigste Rechtsquellen des Völkerrechts sind die Charta der Vereinten Nationen und das in ihr niedergelegte allgemeine Gewaltverbot. Schon an dieser Stelle könnte man viele Beispiele aufzählen, die gegen dieses Gewaltverbot gerichtet sind. Es gilt auch für Staaten, die nicht Mitglied der vereinten Nationen sind. Verbindlich ist z.B. für jeden Staat das Verbot eines Angriffskrieges. So einfach läßt sich diese Festlegung aber nicht darstellen. Es ist kompliziert. Darauf kommen wir noch zu sprechen. In der heutigen Völkerrechtsordnung, die sich insbesondere in der UN-Charta widerspiegelt, sind sämtliche Staaten gleichberechtigte Subjekte. Deshalb gilt grundsätzlich das Prinzip „Ein Staat, eine Stimme.“

Der wesentliche Unterschied zwischen dem Völkerrecht und dem innerstaatlichen Recht besteht im Fehlen eines zentralen Gesetzesorgans, einer umfassenden, hierarchisch strukturierten Gerichtsbarkeit und einer allzeit verfügbaren Exekutivgewalt zur einheitlichen Durchsetzung völkerrechtlicher Grundsätze.

Auch werden heute Resolutionen des Sicherheitsrates als rechtsverbindlich akzeptiert, jenes Gremiums, daß Kriege verhindern und Frieden schaffen soll. Dazu gehören auch die mächtigsten imperialistischen Länder, die ihre eigenen imperialen Vorstellungen der Welt über alles stellen. Die Mitgliedsstaaten im Sicherheitsrat verändern sich regelmäßig. Welche Staaten gehören 2022 zum Sicherheitsrat?

Da gibt es fünf ständige Mitglieder, das sind China, Frankreich, Großbritannien, Rußland und die USA. Diese haben im Rat auch das Veto-Recht. Jedes einzelne Land der fünf kann mit seinem Veto jeden Beschluß des UN-Sicherheitsrats blockieren. Somit kann z.B. ein Land seine eigenen politischen Interessen über die Beschlüsse des Sicherheitsrates stellen. Weitere Mitglieder, die am 11. Juni 2021 gewählt wurden, sind: fünf neue nichtständige Mitglieder des UN-Sicherheitsrats für die zwei-jährige Amtszeit 2022-2023; Albanien, Brasilien, Gabun, Ghana und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE). Diese

ersetzen Vietnam, St. Vincent und die Grenadinen, Estland, Niger und Tunesien, deren Amtszeit am 31. Dezember 2021 endete. Damit sind seit dem 1. Januar 2022 folgende zehn Staaten nichtständige Mitglieder des Sicherheitsrats: Albanien, Brasilien, Gabun,

ren Staaten unbeachtet. Ein Beispiel dazu: 1987/88 erfolgten zwei Angriffe auf eine iranische Bohrplattform im Persischen Golf. Parallelen zur Gegenwart sind durchaus denkbar. Die USA sind an fast allen Kriegen seit 1945 beteiligt, bzw. haben diese ausgelöst. Diese Kriegsverbrechen bleiben bis heute ungesühnt. Der Nachfolger des Internationalen Gerichtshofes ist der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) im niederländischen Den Haag, der seit 2003 für die Verfolgung besonders schwerer Straftaten wie Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen zuständig ist. Einige Staaten lehnen den IStGH ab. So erkennen die USA, Rußland und China die Legitimität des Gerichtshofs nicht an.

Einige Gedanken zum Artikel 2 Absatz 4. Alle Mitglieder enthalten sich in ihren internationalen Beziehungen der Drohung mit Gewalt oder der Gewaltanwendung, die gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit irgendeines Staates gerichtet oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbar ist.

Manlio Dinucci schrieb in einem Artikel in der Il Manifesto (Italien) am 21. November 2018:

In der Zusammenfassung seines letzten strategischen Dokuments - 2018 National Defense Strategy of the United States of America (dessen gesamter Text geheim ist) - behauptet das Pentagon, daß "die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten nach dem Zweiten Weltkrieg eine freie und offene internationale Ordnung geschaffen haben, um die Freiheit des Volkes vor Aggression und Zwang zu schützen", aber daß "diese Ordnung derzeit von Rußland und China untergraben wird, die gegen die Grundsätze und Regeln der internationalen Beziehungen verstoßen". Einer Schätzung der Toten durch Kriege in der Studie müssen wir eine nicht quantifizierte Zahl von Toten, wahrscheinlich Hunderte von Millionen, hinzufügen, die von 1945 bis heute durch die indirekten Auswirkungen von Kriegen verursacht wurden - Hungersnot, Epidemien, Zwangsmigrationen, Sklaverei und Ausbeutung, Umweltschäden, Abzug von Ressourcen für lebenswichtige Bedürfnisse, um die Militärausgaben zu decken.

Es werden die Kriege und Staatsstreich der Vereinigten Staaten in 30 asiatischen, afrikanischen, europäischen und lateinamerikanischen Ländern dokumentiert. Daraus geht hervor, dass die US-Streitkräfte direkt für zwischen 10 und 15 Millionen Tote verantwortlich sind, die durch die großen Kriege verursacht wurden - die gegen Korea und Vietnam und die beiden Kriege gegen den Irak. Zwischen 10 und 14 Millionen weitere Tote wurden durch die Stellvertreterkriege der alliierten Streitkräfte verursacht, die von den USA in Afghanistan, Angola, Kongo, Sudan, Guatemala und anderen Ländern, ausgebildet und befehligt wurden.

Der Vietnamkrieg, der sich auf Kambodscha und Laos ausbreitete, verursachte geschätzte 7,8 Millionen Todesfälle (plus eine große Zahl von Verwundeten und genetischer Folgeschä-

Aus dem Inhalt

Seite 2 - Herbst - Demos in Ostdeutschland Frieden und Krieg Hofreiters Ritt gen Osten
Seite 3 - Staat zwischen Moral und Massenmord: Die Rolle der BRD beim Genozid in Indonesien ab 1965 Österreich: „Jugend in einer Front! Organisiere dich!“
Seite 4 - Putin zur Teilmobilmachung: „Stehen nicht nur neonazistischen Formationen, sondern dem gesamten militärischen Apparat des kollektiven Westens gegenüber.“
Seite 5 - Jungkommunist: Schweizerische Kommunistische Jugend: Freiheit für die Genossen Kononovich! Internationaler Appell Die DDR im Spiegel ihrer Kombinate: VEB Kombinat Bau- und Grobkeramik Halle
Seite 6 - Die Welt darf nicht ohne US-Führung bleiben Die drei Soldaten und der Klassenkampf
Seite 7 - Leserbrief: Treffen von Kommunisten Die Nacht ist nicht allein zum Schlafen da
Seite 8 - International: Auszug aus dem Kommuniqué des Zentralkomitees der PCP vom 17. und 18. September 2022 - Portugiesische Kommunistische Partei Die Zahl der Hungernden in der Welt nimmt zu Nach diplomatischen Schlagabtausch: EU verlängert Sanktionen gegen Nicaragua Die Welt wäre ohne die Blockade gegen Kuba besser dran

den, die Generationen aufgrund des von US-Flugzeugen versprühten Dioxins betreffen).

Der Stellvertreterkrieg der 1980er Jahre in Afghanistan wurde von der CIA organisiert, die - in Zusammenarbeit mit Oussama ben Laden und Pakistan - mehr als 100.000 Mudschahedin ausgebildet und bewaffnet hatte, um die sowjetischen Truppen zu bekämpfen, die in die "afghanische Falle" gegangen waren (wie es später von Zbigniew Brzezinski beschrieben wurde, indem er erklärte, daß die Ausbildung der Mudschahedin im Juli 1979, fünf Monate vor der sowjetischen Intervention in Afghanistan, begonnen hatte).

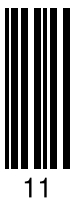
Der blutigste Staatsstreich 1965 in Indonesien wurde von der CIA organisiert - sie übergab die Liste der ersten 5.000 Kommunisten und anderer zum Tode verurteilter Kommunisten an die indonesischen Todesschwadronen. Die Zahl der ermordeten Menschen wird auf 500.000 bis 3 Millionen geschätzt.

Das ist die "freie und offene internationale Ordnung", die die Vereinigten Staaten, auch heute noch weiterhin verfolgen, um "die Menschen vor Aggression und Zwang zu schützen". Nicht einer dieser Fälle wurde durch die UNO nach Artikel 2 Absatz 4. der Charta behandelt.

Heute wird Rußland nach diesem Artikel von den USA und seinen Verbündeten beurteilt. Rußland hat einen „brutalen Angriffskrieg“ gegen die Ukraine begonnen. Und alle weiteren Maßnahmen und Sanktionen der Gegner Rußland beziehen sich auf diese Festlegung, auch durch die UNO. Rußland ist in die Falle gegangen, die durch die USA und ihre Verbündeten gestellt wurde. Wie war das doch mit der Falle? Ja, laut UNO Charta ist der Kriegsbeginn durch Rußland ein Angriffskrieg. Stehen in beiden Fällen wieder politische Ziele über dem Völkerrecht? Dazu braucht es keine weiteren Argumente.

Wir sollen und müssen in dieser Situation Partei ergreifen. Durch unsere Medien wird in der Kriegspropaganda zur Solidarität mit der Ukraine aufgerufen, zu einem Land mit einer faschistischen Regierung. Wir sagen dazu Nein! Wir ergreifen Partei für die tausende Menschen, die in diesem Krieg sterben, für die Söhne und Töchter der Arbeiterklasse der kriegsführenden Parteien. Das sind nicht unsere Feinde. Sie sind Kanonenfutter der imperialistischen Herrscher dieser Welt. Wir wissen wer unser Feind ist, der Imperialismus, auch in Deutschland. Dagegen müssen wir ankämpfen..

Ideologische Kommission



Herbst - Demos in Ostdeutschland



Tausende Menschen gehen, vor allem im Osten Deutschlands, auf die Straßen. Sie bringen ihre Unzufriedenheit zur Entwicklung der Gas- und Strompreise und der rasant steigenden Inflation zum Ausdruck. Warum wird im Osten mehr demonstriert als im Westen? Hoch datierte Experten wollen wissen, daß sei ein Überbleibsel aus der DDR Zeit, wo die deutsch-sowjetischen Freundschaft für viele Ostdeutsche Herzenssache war. Mittlerweile hat aber jeder Ostdeutsche begriffen, die Russische Föderation ist nicht die Sowjetunion. Und dort herrschen jetzt die gleichen Kapitalisten wie in Deutschland.

Warum also dann die Demonstrationen: 32 Jahre nach der Annexion der DDR, und dem Wüten der Treuhand gibt es nur wenig Industrie. Die Firmen sind kleiner, die Rücklagen, die Kaufkraft – alles ist kleiner.

Darum sind steigende Preise viel verheerender für Unternehmen wie Verbraucher. Die Lohnunterschiede zwischen Ost und West sind noch größer geworden. Vollzeitbeschäftigte verdienen im Osten 1.017 Euro brutto im Monat weniger als im Westen. Sie müssen dafür auch noch länger arbeiten. Vier von zehn Fachkräften im Osten haben weniger in der Lohntüte als Helfer ohne Ausbildung im Westen. Über 1,2 Millionen Menschen, vor allem junge Menschen, sind deshalb abgewandert. Und die Wirtschaftskraft ist nach 32 Jahren „Deutsche Einheit“ geringer als des schwächsten westdeutschen Bundeslandes Schleswig-Holstein. Jeder zweite Ostdeutsche wird beim aktuellen Rentenniveau nach 45 Beitragsjahren (durchgehend Vollzeit) eine Rente von unter 1.200 Euro Netto erhalten. Da fühlt man sich doch wie in einer

Kolonie, der Deutschen Kolonie Ost. Aber die Menschen demonstrieren friedlich und halten sich an die vorgegebenen Festlegungen der Behörden. Sie bringen eben nur ihre Verzweiflung zum Ausdruck. „Das muß die Demokratie aushalten“, betonte Frank Walter Steinmeier. Und das alles wegen des Ukraine Krieges - wie uns die Medien einbläuen?! Man hat das Gefühl, das eigene Volk wird von unseren Politikern hintergangen. Hinter dem Ukraine Krieg, der angeblich an dieser Situation Schuld haben soll, verstecken sich unsere Politiker. „Wir stehen so lange an eurer Seite, wie Ihr uns braucht“, dann möchte ich auch liefern, egal, was meine deutschen Wähler denken, aber ich möchte für die ukrainische Bevölkerung liefern.“ (Annalena Baerbock).

Darüber muß man schon etwas nachdenken. Wer hat die Osterweiterung der

NATO bis an die russische Grenze gebracht? Wer hat die Ukraine zu einem faschistischen Land entwickelt? Und wer hat mit den Sanktionen gegen Rußland begonnen, die uns größtenteils auf unseren eigenen Füße fielen, als der Krieg noch gar nicht angefangen hatte? Und warum müssen wir uns von russischer Gaslieferung unabhängig machen und uns in die Abhängigkeit der USA begeben? Warum wurde Rußland zum Feind erklärt? Da wird es Zeit, daß die friedlichen Demonstranten aufwachen. Wacht auf, ihr Verdammten! Sucht den wahren Schuldigen an dieser Situation. Es ist der deutsche Imperialismus mit seinen Bossen und Lakaien. Schreit ihnen eure Wut ins Gesicht. Hier bei uns in Deutschland steht der Feind. Es ist der deutsche Imperialismus!

Jürgen Geppert

Frieden und Krieg



Ein Krieg braucht zuallererst Soldaten, willige Kämpfer für politisches Ziele, die anders nicht erreicht werden können. Ukrainische Arbeiter und Bauern, deren Interesse gewiß nicht der Krieg ist, werden dazu ausgebildet und lassen ihr Leben. Der Kampf um die Freiheit und Selbständigkeit der Ukraine sei das Ziel, so wird ihnen vorgegaukelt. Das ist ein fürchterlicher Betrug am ukrainischen Volk.

Diese ukrainische Soldaten werden zur Kriegsführung auch in Europa ausgebildet. Die militärische Ausbildung dieser Soldaten fand bisher auf rein nationaler Ebene statt. In Großbritannien trainieren ukrainische Soldaten den Häuserkampf, um Städte wie etwa Cherson einnehmen zu können. Dieses Trainingsprogramm haben inzwischen rund 5.000 ukrainische Militärangehörige absolviert. Zur Unterstützung haben mehrere NATO-Staaten sowie Neuseeland Militärausbilder in das Vereinigte Königreich entsandt. Die EU hat beschlossen, zur Ausbildung für ukrainische Soldaten gezielt zur ukrainischen Offensive gegen die von Rußland besetzten Gebiete beizutragen. Ausbilder aus EU-Staaten sollen nun auch Soldaten der Bundeswehr sein. Geplant ist zunächst, ca. 15.000 Ukrainer zu trainieren. Das Mandat der EU für den künftigen Ausbildungseinsatz beläuft sich auf vorerst zwei Jahre. Es kann problemlos verlängert werden. Man rechnet also mit einem Krieg, der sich über Jahre hinweg ziehen wird. Den USA und den Mächtigen der verbündeten NATO Staaten interessiert überhaupt nicht, daß dabei ein ganzes Volk geopfert wird, das ukrainische.

Damit stellt sich die Frage ob bei diesen Maßnahmen die Schwelle zum aktiven Kriegseintritt überschritten wird. Die Bundesregierung beschäftigt sich schon seit März mit dieser Problematik. Der Wissenschaftliche Dienst des Bundestags kam Mitte März in einer Analyse zu dem Schluß, Waffenlie-

ferungen seien unbedenklich. Wenn man allerdings „auch die Einweisung der Konfliktpartei“ in den Gebrauch der gelieferten Waffen leiste, „würde man den gesicherten Bereich der Nichtkriegsführung verlassen“. Das Verteidigungsministerium geht davon aus, dies sei nicht der Fall. Man versteckt sich hinter dem Justizminister Marco Buschmann (FDP). Er wird mit der Einschätzung zitiert, „95 Prozent der Völkerrechtswissenschaft“ erklärten Ausbildungsmaßnahmen für absolut unproblematisch. Und wieder muß man fragen, was steht nun im Vordergrund, das Völkerrecht oder politische Ambitionen. Welches politische Ziel soll erreicht werden? Freiheit und Verteidigung der Demokratie, so wird uns immer wieder erklärt. Wir brauchen diese bürgerliche Freiheit und Demokratie nicht. Sie dient nur der Unterdrückung der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes.

Dieser EU-Ausbildungseinsatz, der womöglich einem Kriegseintritt gleichkommt, wird zu einem Zeitpunkt gestar-

tet, zu dem ein Sabotageakt in der Bundesrepublik für erhebliche Unruhe sorgte. Bei der Deutschen Bahn wurden im 8. Oktober Kommunikationskabel an zwei Stellen – nahe Berlin und in Nordrhein-Westfalen – durchtrennt. Das hatte zu einem mehrstündigen Zugausfall in weiten Teilen Norddeutschlands geführt. Der Kommandeur des Territorialen Führungs- kommandos der Bundeswehr, General Carsten Breuer, sah in diesem Anschlag einen Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg. „Wir stellen uns ... auf hybride Bedrohungen ein“, erklärte Breuer; so könne es jederzeit zu Angriffen beispielsweise auch auf Kraftwerke oder Umspannstationen, also auf die Stromversorgung, kommen: „Das ist der Zustand zwischen nicht mehr ganz Frieden, aber auch noch nicht richtig Krieg.“ Da hat er wohl Recht. Das ist der Zustand des Überganges zu einem dritten Weltkrieg. Der deutsche Imperialismus ist dazu bereit. Das Kriegsverbrecherland USA bündelt seine Aktivitäten zur Aufrüstung und Ausbildung der ukrainischen Streitkräfte in einem neuen Kommando in Wiesbaden-Erbenheim. Damit wird Deutschland endgültig als Drehscheibe für die militärischen Aktivitäten sämtlicher NATO-Mitglieder in Ost- und Südosteuropa eingebunden. Ganz leise, aber nicht unauffällig lanciert der deutsche Imperialismus im Schlepptau der USA zu einer führenden Kriegsmacht. Das ist dann die von Bundeskanzler Scholz angekündigte Zeitenwende.

Nur unter großen Anstrengungen aller Kommunisten in Deutschland begreifen die Menschen wer unser Feind ist. Er steht im eigenen Land. Diese Gedanken zu verbreiten, dafür lohnt es sich Verbündete zu suchen, und zu kämpfen.

Ideologische Kommission

Hofreiters Ritt gen Osten

Durch den Kriegsausbruch am 24. Februar 2022 hat sich weltweit die Dominanz der Sicherheitspolitik gegenüber der Klimapolitik ergeben. Hieß es im Koalitionsvertrag der Berliner Ampelregierung noch ‘Friede, Freude, Eierkuchen’, so hat der 24. Februar Mars zum Weltregenten emporsteigen lassen, und zwar blitzartig. Die Welt hat über Nacht ein anderes, grimmiges Gesicht bekommen, aber die Ampelpolitikerinnen und Politiker müssen weiterhin lächeln, durch die Inflation immer teurer werdenden Eierkuchen backen, um als Freunde des Friedens und der Freude ihr Gesicht zu wahren. In keinem Land der Welt gibt es eine größere Diskrepanz zwischen Wahrheit und Lüge als in Deutschland. Die Masken sind doch längst gefallen. Noch nie war es in der deutschen Geschichte so einfach Lenins Hinweis zu beachten, bürgerliche Politiker nicht nach ihren Worten, sondern nach Ihren Taten zu beurteilen. Die Verarschung des deutschen Volkes ist in einem Ausmaß vorhanden, zu dem sich in seiner Geschichte kein Seitenstück finden läßt. Alle führenden bürgerlichen Politiker haben

den Panzer an erste Stelle gesetzt, mögen auch noch so viele kahle Fußballfelder ins Amazonasgebiet geschlagen werden.

Die Grünen in Deutschland lassen es zu, daß Habeck, ein Philosoph mit Hochschulabschluß, das in einer Zeit immer rascher zunehmender Globalisierung sinnleere Wort vom ‘ökologischen Patriotismus’ geprägt hat. Studium für die Katz, kann man da nur sagen. Dieses Heulen mit den kapitalistischen Wölfen zwingt heute auch die deutschen Grünen mit doppelter Zunge zu sprechen, vorzugeben, eine Partei des Friedens zu sein und wie Anton Hofreiter gegen die russischen Völker “eine Realpolitik in ihrer brutalsten Ausprägung“ zu fordern, ohne daß die Forderung nach Parteiausschluß dieser Canaille laut wird. Ohne es selbst zu wissen, schreit Hofreiter den ganzen Frust der grünen Bewegung heraus, aus einem Einknicken vor dem Klassenfeind beim Abflauen der 68er Bewegung geboren worden zu sein. Seitdem ist diese Bewegung eine des permanenten Kotsaus vor dem Kapital, sie hat an der Hürde sozialer Emanzipation vorbeigegriffen. Der impe-

rialistische Krieg ist die Politik des internationalen Finanzkapitals. Dessen Realpolitik in ihrer brutalsten Ausprägung ist eben der Einsatz von Nuklearwaffen, seien es nun taktische oder strategische. Der Grüne Hofreiter erweist sich als feines Früchtchen. Er ist aber auch ein Beleg, daß die Grünen ein Sammelbecken von Unfähigen sind, unfähig, den Krieg gegen die Umweltzerstörung mit dem Krieg gegen den imperialistischen Krieg zu verbinden.

Aus der mit Pfaffenkindern durchseuchten kleinbürgerlichen Meute der 68er Bewegung, die sich als unfähig erwies, die Frage der Überwindung der Klassenkämpfe in der BRD zur Zeit des Vietnamkrieges in den großen Städten bürgerkriegsgemäß zu lösen, ist eine widerliche, kleinbürgerliche grüne Plärre hochgekocht, die zu Bäumen in der Dunkelheit der Wälder Zuflucht nahm und nimmt, Wotan anruft, und der ein muslimischer Ziegenbauer in der ‘Äußeren Mongolei’ mental viel näher steht, als ihr Wohnungsnachbar, der sich bei VW durch Schichtarbeit seine Gesundheit ruiniert. Wer wie die Grünen und

andere kleinbürgerliche und bürgerliche Parteien dem Finanzkapital den kleinen Finger reicht, den frißt das Finanzkapital mit Haut und Haaren, der wird innerhalb kurzer Zeit einer Gehirnwäsche unterzogen die darauf hinausläuft, aus Menschen Wölfe zu machen und die Dinge mit den Augen der Imperialisten zu sehen. Eine entmenschte Welt, eine sich ausschließlich aus Wölfen bildende. Stalin pflegte zu sagen, die kapitalistischen Wölfe schlafen nicht.

Das ist ja das Positive am imperialistischen Krieg. Er kitzelt die faschistischen Seelen aus den bürgerlichen Bälgern heraus. Aus der Grünen Baerbock, aus dem Grünen Hofreiter, aus der Liberalen Strack-Zimmermann, aus dem Christen Friedrich Merz, der durch die Sanktionspolitik den industriell-militärischen Komplex Rußlands das Rückgrat brechen möchte. Man bedenke, daß das Millionen Menschen in Rußland an den Hungerstab bringen würde, allein in Moskau sind durch die Schließung ausländischer Firmen 200 000 Menschen aufs Pflaster geworfen worden.

Heinz Ahlreip

Staat zwischen Moral und Massenmord: Die Rolle der BRD beim Genozid in Indonesien ab 1965

von Gregor Lenßen

Wer sich gegenwärtig die offiziellen Presseorgane wie BILD, Spiegel, ZDF antut, der gewinnt den Eindruck, daß die Menschenrechte praktisch im Land des Pleitegeiers im Jahre 1949 erfunden worden sind. Hier die freiheitliche Demokratie in den Staaten der westlichen Bündnisssysteme, überall anders Finsternis, Diktatur und Willkür, allen voran natürlich bei dem russischen „Machthaber“, dessen Name nicht oft genug genannt werden darf.

als Bedrohung war. Indonesien war ihnen aufgrund seiner geostrategischen Lage sogar wichtiger als Vietnam und es herrschte Hysterie, daß eine kommunistische Revolution auf Australien übergreifen könnte. Dementsprechend bildete sich eine anti-kommunistische Phalanx aus den USA, Großbritannien, Australien und, was weniger bekannt ist, der BRD. Ein angeblicher kommunistischer Putsch, für den wie oben geschildert schon allein die Bewaffnung

Heute liegen die Aktenauszüge des Auswärtigen Amtes aus dieser Zeit vor und sie sind äußerst vielsagend und legen offen, in welcher Weise der deutsche Imperialismus dem „lächelnden General“ beim Massenmord an seinem Volk assestierte. Kürzlich sendete ein in Deutschland und der EU mittlerweile verbotener russischer Auslandsnachrichtensender eine Dokumentation unter dem Titel „Indonesia’s 1965 Genocide: Germany’s Unknown War

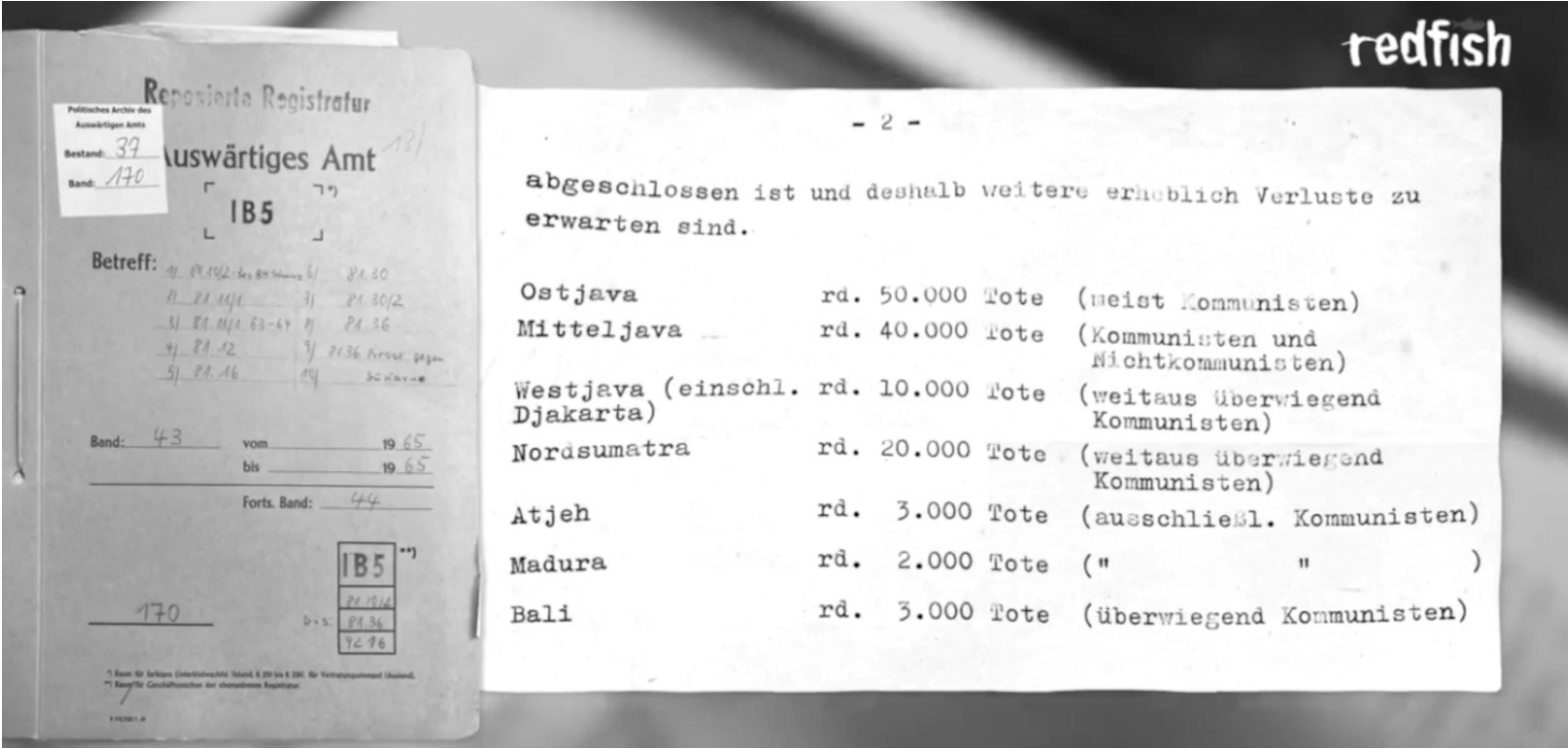
belegen die Lieferung von 30.000 G3 Schnellgewehren.

Warum das ganze? Neben dem herübergeretteten Antikommunismus der alten Nazis innerhalb und außerhalb des westdeutschen Staates ging es den Herrschaften in Bonn vor allem um die Durchsetzung der Hallstein-Doktrin. Diese besagte, daß jegliche Beziehung mit anderen Staaten abgebrochen werden, wenn sie diplomatische Beziehungen mit der DDR aufnehmen, die seinerzeit noch „Sowjetische besetzte Zone“ genannt wurde. BRD-Botschafter Luitpold Werz drohte seinem indonesischen Gesprächspartner, daß die Kredite und jegliche Unterstützung im Falle einer Botschaftseröffnung in der DDR hinfällig würden. Werz war, wie alle Botschafter der BRD, in Indonesien von 1952 bis 1970 natürlich auch ein alter Nazi.

Bis heute bestreiten die offiziellen Stellen der BRD ihre Mitwirkung an diesem bestialischen Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Es fehlt hier der Platz um die brutalen Mittel der Massentötung zu beschreiben, die häufig mit Äxten und anderen Stichwaffen verübt wurden und die Flüsse mit Leichen füllten.

Man darf dies alles niemals vergessen, wenn ein Stellvertreter dieser Bundesrepublik es wagt, sich selbstgefällig als Richter zu inszenieren. Man muß sich immer wieder ins Gedächtnis rufen, daß diejenigen, die voller Empörung über „Mauerbau und Stacheldraht“ die DDR anklagten und immer noch anklagen, mit Mitteln der äußersten Gewalt für ihre schmutzigen Zwecke nie ein Problem hatten. Das gilt auch speziell heute im Jahr 2022. Die heutige Verantwortliche des Auswärtigen Amtes ist die Außenministerin, die Anna-Lena Baerbock heißt. Frau Baerbock wird derzeit als das Gesicht der heuchlerischen Moral der BRD wahrgenommen. Selbstverständlich weiß auch sie, wenn sie ihren Job beherrscht, von den Verbrechen ihres Staates in Indonesien und schweigt wohlweislich darüber, während sie in der Gegenwart damit beschäftigt ist mit fanatischem Eifer die Verbrechen ihres Staates in der Ukraine mit moralintronkenen Worten und Waffen anzufeuern.

Als Kommunisten sind wir keine Moralisten sondern Materialisten, dennoch sei uns der unversöhnliche Hinweis gestattet, daß dieser BRD-Staat keine Moral kennt, außer der des Profits und es nichts gibt, für das wir uns in dessen Angesicht je zu schämen hätten!



Zeitgenössischer Aktenauszug von 1965: Das Auswärtige Amt ist über die „Ausrottung“ von Kommunisten sehr gut im Bilde. Quelle: redfish

Anders schaut es freilich aus, wenn man sich das staatlichen Handeln im Detail ansieht, statt auf das Gefasel der Politiker von Freedom and Democracy zu hören. 1965 war die Kommunistische Partei Indonesiens mit drei Millionen Mitgliedern die drittgrößte kommunistische Partei der Welt, nach den Parteien der UdSSR und der VR China. Indonesien gehörte nach dem Ende des niederländischen Kolonialismus und Ende der japanischen Besatzung zu den 1955 begründeten blockfreien Staaten, die weder NATO noch Warschauer Vertrag angehörten. Es herrschte unter Präsident Sukarno eine Art Machtteilung zwischen Nationalismus (Militär), Religion (Islam) und Kommunisten, „Nasakom“ in Landessprache abgekürzt. Hier muß vorab kritisch angemerkt sein, daß die Bewaffnung ausschließlich auf die nichtkommunistischen Teile monopolisiert war. Dennoch nahmen die Imperialisten auf dem Höhepunkt des kalten Krieges die Mitgliederzahl und den gesellschaftlichen Einfluß der Kommunisten

fehlte, wo also von einer Inszenierung auszugehen ist, wurde mit einem realen Putsch von General Suharto beantwortet. Mindestens 500.000 Menschen wurden massakriert, viele von Ihnen Kommunisten oder unter dem Verdacht stehend, den Kommunisten anzugehören. Auch Präsident Sukarno wurde infolgedessen ermordet.

Die Beteiligung der US-Imperialisten ist bereits lange bekannt, die BRD agierte hingegen etwas diskreter im Schatten und beteiligte sich an der geheimdienstlichen Wühlarbeit in Indonesien. Das Land war neben Südamerika ein beliebter Zufluchtsort für alte Nazis, die nach 1945 das Weite suchten. Diese dienten dem ebenfalls sehr braunen Auswärtigen Amt der BRD als weit ausgeworfenes Netzwerk. Eine BND Quelle in Indonesien war SS-Obersturmbannführer Rudolf Oebstger-Röder, der sogar für General Suharto eine Biografie schrieb unter dem blumigen Titel „The smiling general: President Soeharto of Indonesia“, die 1969 in Indonesien veröffentlicht wurde.

Against Communism“ die hier jedem ans Herz zu legen sei und u. a. auf der Youtube-Alternative Odysee zu finden ist.

Die freigegebenen Akten des Auswärtigen Amtes beweisen, daß die dort anwesenden BRD-Diplomaten nicht nur ausgezeichnet über den laufenden Genozid informiert waren, sondern gerade in diesem Moment die wirtschaftlichen Beziehungen sogar vertieften. Zeitgenössische Aktenfunde zeigen detaillierte Informationen über die Opferzahlen, im nüchternen Nazisprech eines bundesdeutschen Beamten schrieb man wortwörtlich über die „Ausrottung“ einer regionalen Formation der kommunistischen Partei.

Schnelle und großzügige Hilfe stellte die BRD schon zu Beginn des Putsches in Aussicht. Ohne viel bürokratisches Lamentieren sollten Pistolengriffe ohne deutsche Kennung geliefert werden. Als die Mörder 1968 neue Waffen forderten, lieferte Bonn ebenfalls. Zwei Schnellbriefe zwischen dem Wirtschaftsminister und dem Auswärtigen

Österreich: „Jugend in einer Front! Organisier dich!“

In Bericht der Partei der Arbeit Österreichs (PdA) über den Gründungskongreß der Jugendfront der PdA

Am Samstag, 15. Oktober, fand in Linz der Gründungskongreß der Jugendfront der Partei der Arbeit Österreichs statt. Junge Menschen aus ganz Österreich versammelten sich zum ersten Kongreß, um gemeinsam eine kommunistische Jugendorganisation zu gründen.

Eröffnet wurde der Kongreß von Tibor Zenker, dem Vorsitzenden der Partei der Arbeit in Österreich. Er betonte, daß dies ein historischer Tag für die österreichische Arbeiterbewegung sei. Mit der Gründung der Jugendfront gibt es wieder eine kommunistische, eine marxistisch-leninistische Jugendorganisation in Österreich, die mit der Partei der Arbeit Österreichs, der marxistisch-leninistischen Kampfpartei der Arbeiterklasse in Österreich, verbunden ist. Er fügte hinzu, daß „mit dieser Gründung ein Zustand überwunden wird“, „der lange Zeit unerträglich und unannehmbar war, ein Zustand, der ein echtes Hindernis für die weitere Entwicklung des organisierten revolutionären Klassenkampfes darstellte, ein Zustand, der junge Kommunisten in den

Sumpf von Opportunismus und Revisionismus und linker Beliebigkeit zu ziehen drohte“. Dies hat nun ein Ende.

Im Mittelpunkt des Gründungskongresses standen die Generaldebatte und die Verabschiedung der Politischen Thesen und der Satzung der neu gegründeten Jugendorganisation. Die Generaldebatte diente dem Austausch zwischen den verschiedenen Gruppen über die praktische politische Arbeit vor Ort. Die Delegierten der Gruppen berichteten über Erfolge und Probleme bei der Organisation von ganz konkreten Veranstaltungen, Infotischen, Kundgebungen usw.

Die politischen Thesen bilden die Grundlage für die zukünftige Arbeit in der Jugend der Jungen Front. Sie wurden bereits im Vorfeld des Kongresses in den Gruppen diskutiert. Zahlreiche Änderungs- und Ergänzungsvorschläge wurden bereits im Vorfeld des Kongresses vom Zentralrat in die politischen Thesen aufgenommen, andere wurden auf dem Kongreß diskutiert. Die politischen Thesen wurden einstimmig angenommen.

Die Jugendfront der Partei der Arbeit Österreichs ist als kommunistische Jugendor-

ganisation auch eine antiimperialistische und internationalistische Jugendorganisation. Von großer Bedeutung waren daher die internationale Anerkennung der Gründung der Jugendfront und die Grußworte der kommunistischen und Arbeiterjugendorganisationen zur Gründung. Der Gründungskongreß bekräftigte die unverbrüchliche Solidarität der Jugendfront mit dem Befreiungskampf des palästinensischen Volkes und dem Kampf des kubanischen Volkes gegen die kriminelle Blockade des US-Imperialismus und die Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes. Der Gründungskongreß drückte seine Solidarität mit der Kommunistischen Jugend Venezuelas und der Kommunistischen Partei Venezuelas aus, die anhaltenden Angriffen der sozialdemokratischen Maduro-Regierung ausgesetzt sind. Der Gründungskongreß erklärte auch seine Solidarität mit der Kommunistischen Partei von Swasiland und ihrem Kampf gegen die letzte Monarchie Afrikas.

Neben den internationalen Grüßen überbrachte auch der KZ-Verband/VdA-Oberösterreich dem Gründungskongreß Grüße. Der KZ-Verband ist eine Vereinigung von

Opfern und Widerstandskämpfern gegen den Faschismus und ist Mitglied der Fédération Internationale des Résistants. Die Österreichisch-Kubanische-Freundschaftsgesellschaft überbrachte ebenfalls Grüße an den Kongreß.

Den Abschluß des Kongresses bildete die Rede des neu gewählten Vorsitzenden der Jugendfront der Partei der Arbeit Österreichs, Moritz Pammingner. Er erinnerte die Teilnehmer an den gemeinsamen Weg von der Jugendkonferenz der Partei der Arbeit Österreichs bis heute. Was ein Jahr zuvor diskutiert wurde, eine marxistisch-leninistische Jugendarbeit, wurde mit der Gründung der Jugendfront der Partei der Arbeit Österreichs konkret. Seit dem Beginn der Arbeit nach der Jugendkonferenz ist viel passiert. Pammingner erklärte, daß es nicht nur gelungen sei, bestehende Strukturen und Gruppen zu festigen, sondern auch zu wachsen und neue Gruppen zu gründen. Die Aufgabe der Jugendfront sei es, die Jugend in einer Front gegen das Kapital und seine Regierung sowie gegen das kapitalistische Bildungssystem und den Kapitalismus insgesamt zu organisieren.

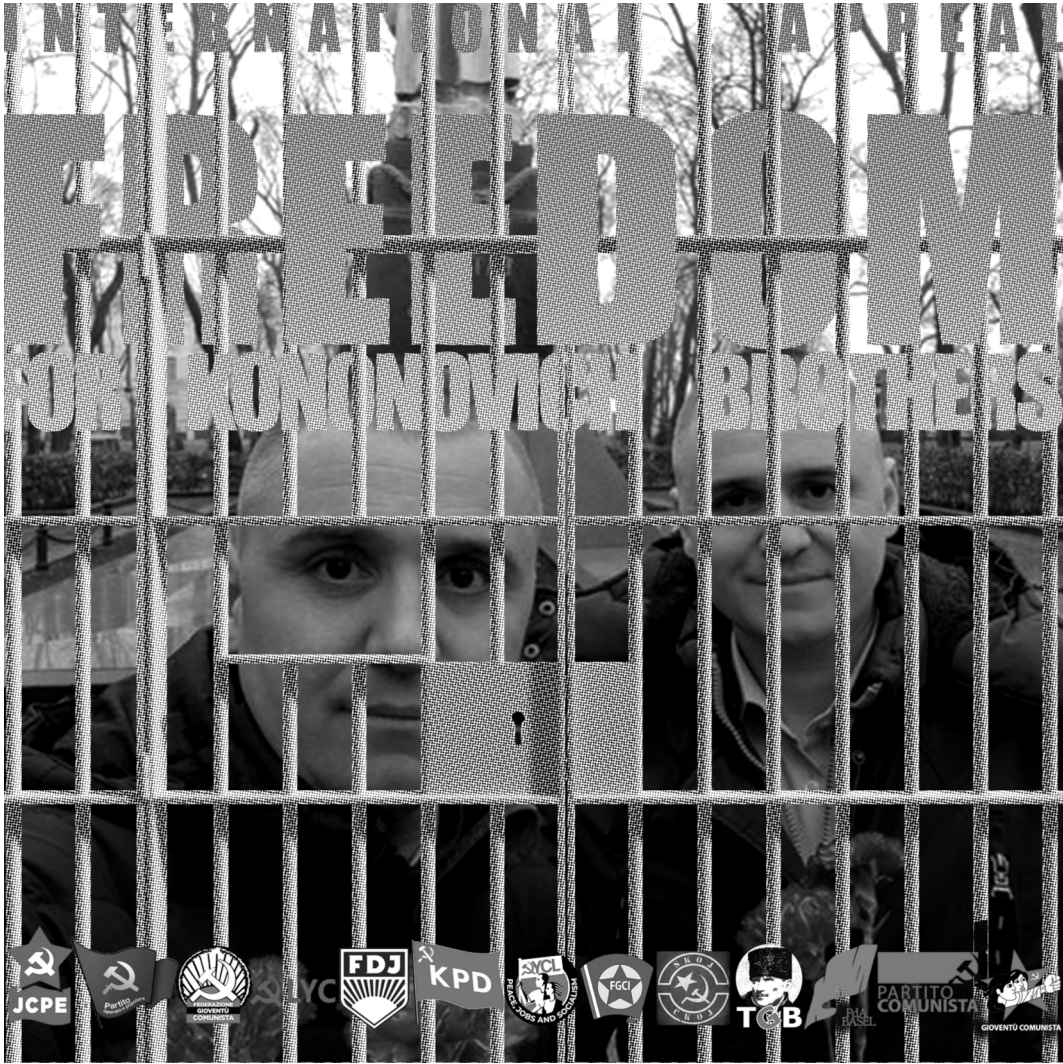
Schweizerische Kommunistische Jugend: Freiheit für die Genossen Kononovich!

Internationaler Appell

Mehr als fünf Monate sind vergangen, seit die Brüder Oleksandr und Mykhailo Kononovich unter haltlosen Anschuldigungen der Zusammenarbeit mit den Geheimdiensten der Russischen Föderation und der Republik Belarus festgenommen und inhaftiert wurden. Seitdem gab es mehrere Appelle für ihre Freilassung, die alle von den ukrainischen Behörden unbeachtet blieben. Zahlreiche Briefe kommunistischer und anti-imperialistischer Organisationen auf der ganzen Welt an die ukrainischen Botschaften in ihren Ländern wurden nie beantwortet. Das zeigt die ganze Arroganz und Anmaßung der ukrainischen Putschregierung.

Das Schweigen der anderen Seite ist jedoch nicht überraschender als das: Es ist klar, dass die Genossen Kononovich wegen ihrer Beteiligung in den Reihen des Ukrainischen Antifaschistischen Komitees und der Ukrainischen Kommunistischen Partei, die nach dem Putsch von 2014 verboten wurde, verhaftet und deren Vermögen und Hauptsitz kürzlich von der ukrainischen Regierung beschlagnahmt wurden. Dies steht im Zusammenhang mit der ungeheuren gewerkschaftsfeindlichen und antikommunistischen Repression, die in der Ukraine seit gut acht Jahren andauert, darunter das Massaker im Gewerkschaftshaus in Odessa (wo sogar ein minderjähriger Genosse sein Leben verlor) und das jüngste Verbot aller Oppositionsparteien, von denen die meisten links oder Mitte-Links sind, sind eklatante Beispiele.

Die Inhaftierung der Brüder stellt eine schwere Verletzung ihrer menschlichen und politischen Rechte dar. Dass die ukrainische Regierung, die mit Hilfe des Westens und paramilitärischer Neonazi-Truppen an die Macht gekommen ist, sich nicht um die Rechte ihrer Bürger kümmert, überrascht jedoch nicht: die Unterdrückung der russischsprachigen Minderheit und der extrem gewalttätige Krieg, der



im Donbass geführt wurde, wo unzählige Zivilisten unter ukrainischen Bomben starben, sind ein beispielhafter Beweis dafür.

Die Situation der Kononovich-Brüder ist nach wie vor prekär und es ist weiterhin notwendig, international gegen diese flagrante Rechtsverletzung und gegen die faschistische Repression der korrupten und pro-westlichen Regierung von Selenskyj zu mobilisieren.

Aus diesen Gründen fordern wir:

- Die sofortige Freilassung der Kononovich-Brüder und eine öffentliche Entschuldigung bei ihnen!
- Daß die Prozesse, denen die Kononovich-Brüder unterzogen werden, wirklich fair und gerecht sind!
- Ein Ende der antikommunistischen, gewerkschaftsfeindlichen und faschistischen

- Unterdrückung in der Ukraine!
- Die Aufhebung des Verbots der Ukrainischen Kommunistischen Partei sowie aller anderen Oppositionsparteien!
 - Eine Verurteilung der Repression in der Ukraine und ein sofortiger Stopp der Waffenexporte westlicher Länder in dieses Land!
- Folgende Organisationen unterstützen den Appell:
- Schweiz:
- Gioventù Comunista Svizzera - Schweizerische Kommunistische Jugend
 - Partito Comunista (Schweiz) – Kommunistische Partei (Schweiz)
- Partei der Arbeit Basel
- Partito Operaio e Popolare Ticino
- Spanien:
- Juventud Comunista de los Pueblos de España (JCPE)
- Italien:
- Federazione Giovanile Comunista Italiana (FGCI)
 - Federazione della Gioventù Comunista (FGC)
- Großbritannien:
- Young Communist League of Britain (YCL)
- Serbien:
- Savez Komunisticke Omladine Jugoslavije (SKOJ)
- Vereinigte Staaten von Amerika:
- Liga junger Kommunisten USA
- Türkei:
- Türkiye Gençlik Birliği (Jugendverband der Türkei)
- Deutschland:
- Freie Deutsche Jugend (FDJ)
 - Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)

Die Deutsche Demokratische Republik im Spiegel ihrer Kombinate: VEB Kombinat Bau- und Grobkeramik Halle

Der älteste künstliche Werkstoff der Menschheit ist die Keramik. Dabei handelt es sich um gebrannten Ton. Ton besteht aus Material mit Korngrößen unter 2 Mikrometer Durchmesser. Dadurch lagern die Körnchen so dicht, daß auch Wasser nicht hindurch kommt. Somit eignet sich Keramik zur Herstellung von Gefäßen, aber auch zum Häuserbau. Schon in der wegen dieser Materialien Steinzeit genannten Epoche wurde gebrannter Ton benutzt, etwa vor 12000 Jahren am Nil oder bei uns in der Jungsteinzeit von den deswegen so genannten Band- und Schnurkeramikern. Der Turmbau zu Babel (Babylon) als eines der sieben Weltwunder der Antike bestand aus gebrannten Ziegeln. Bei uns verbreiteten sich Ziegel erst nach der Zeitenwende. Sie wurden zusammen mit dem Christentum von den Römern übernommen und gemeinsam verbreitet.

1959 wurde in der DDR der Beginn des industriellen Bauens beschlossen. Investitionen flossen nun vorwiegend in Betonfertigteilewerke. Die Ziegelproduktion ging zunächst entsprechend zurück. Erst 1978 erreichte das Produktionsvolumen bei Dachbedeckungen wieder das mengenmäßige Niveau von 1959, allerdings bei höherer Qualität und Effektivität. Weil auch das moderne Bauen ohne Ziegel nicht bestehen kann, wurde aus der 1964 gebildeten VVB nach Ausgliederung der glasierten Baukeramik und der Fliesenindustrie zum 1.1.1979 der dem Ministerium für Bauwesen unterstellte VEB Kombinat Bau- und Grobkeramik Halle gebildet. Er wurde zunächst wie die VVB von einer in der Luft hängenden Kombinateleitung, also einem reinen Verwaltungsorgan, geleitet, bevor ab 1.7.1984

die Führung über den Stammbetrieb VEB Ziegelwerke Halle erfolgte. In den Stammbetrieb wurden das Ingenieurbüro für Bau- und Grobkeramik sowie das Institut für Bau- und Grobkeramik Weimar eingegliedert. Der VEB Ziegelwerke Halle mit seinen zahlreichen Betriebsteilen u.a. in Reuden, Könnern, Pettstädt, Bruckdorf, Peißen oder dem neuerichteten Klinkerwerk Baalberge (Kapazität von 27 Millionen Ziegeln pro Jahr wurde 1985 erreicht) erzeugte 14% der Mauerziegel-, 35% der Betondachstein- und 45% der Hohlblocksteinproduktion des gesamten Kombinates. Außer dem Stammbetrieb gab es noch eingegliederte bezirksgeleitete Ziegelkombinate wie den VEB Thüringer Ziegelwerke Erfurt und den VEB Ziegelwerke Karl-Marx-Stadt. Weitere VEB Ziegelwerke befanden sich in Zehdenick, Ueckermünde, Dresden und Magdeburg.

Leitbetrieb für Steinzeug war der VEB Vereinigte Steinzeugwerke Bad Schmiedeberg, am 1.1.1968 aus den Werken in Bad Schmiedeberg, Belgern und Bitterfeld gebildet, bevor 1969 auch Haselbach und 1970 Zwickau hinzutreten. 1978, am Vorabend der Kombinatebildung, wurde mit einer Jahresproduktion von 176000t Steinzeugrohren und -formstücken z.B. für die Kanalisation die Bedarfsdeckung erreicht.

Als Leitbetrieb für Dränrohre und Kabelabdeckhauben fungierte der VEB Vereinigte Dränrohrwerke Bad Freienwalde mit zwei Betriebsteilen in Bad Freienwalde und je einem in Altglietzen, Joachimsthal und Havelberg.

Das Kombinat vervollständigten die VEB Klinker- und Ziegelwerke Großräschen, Baustoffwerke Geithain und Kalksandsteinwerke Niederlehme. Die zahllosen weiteren, ungenannten Betriebsteile waren entsprechend der überkommenen kleinteiligen Struktur der Keramik- bzw. Ziegelproduktion über die gesamte DDR verstreut. Daneben gab es noch jede Menge bezirksgeleitete Ziegelfabriken, für die das Kombinat teilweise die Leitfunktion mit wahrnahm. Es wurde 1989 von Generaldirektor Karl-Heinz Karbe und Parteiorganisator Müller geführt.

1959 wurden in der DDR 370 Millionen Platteneinheiten (PE) Dachziegel erzeugt. Die Produktion sank danach auf 308 Millionen PE 1966 ab.

Die Ausschußrate betrug etwa 22%. Ursache dafür waren einmal der totale Anlagenverschleiß einiger Ziegelfabriken, zum zweiten die Erschöpfung der Vorkommen einiger frostsicherer Tone, schließlich der enorme Arbeitskräftemangel aufgrund der körperlich schweren und gesundheitsschädigenden Arbeitsbedingungen. Auch im Westen gab es die gleichen Probleme, weshalb man dort die Produktion von Betondachsteinen aufnahm. Die DDR übernahm das und kaufte die Anlagen dafür im NSW ein. Bezahlt wurde teilweise durch Wandfliesen- und Steinzeugrohrexport. Später konnte der Rationalisierungsmittelbau des Kombinates eigene Betondachsteinproduktionsanlagen entwickeln und im Rahmen der Intensivierung (und Störfreimachung) NSW-Importe ablösen. Der Umstieg von Dachziegeln auf Betondachsteine senkte die Ausschußrate

auf 4,5%, erhöhte die Jahresleistung pro Produktionsarbeiter von 120000 PE auf 450000 PE und senkte – auch unter Berücksichtigung des Vorproduktes Zement – den spezifischen Energieaufwand pro Platteneinheit.

Damit sind wir bei einem weiteren Intensivierungsproblem: dem Energieverbrauch. Ton zu brennen bedeutet eben den zentralen Einsatz von Feuerungsanlagen. 1980 verbrauchte das Kombinat 78500t Heizöl. Unter großem Krafteinsatz schuf das Kombinat die Feststoffbrenneranlage vom Typ Polyp, die dann 34500t Heizöl pro Jahr durch die Verfeuerung von Brikettabrieb ersetzen konnte. Das restliche Heizöl wurde eingespart, indem die Tunnelöfen in Hainichen, Narsdorf, Wefensleben und Buchwäldchen auf Gas umgestellt wurden. In nur sechs Jahren, bis 1986, sank der Heizölverbrauch des Kombinates auf null. Der Klassenfeind will uns diesen Winter demonstrieren, wie man an solchen Aufgaben scheitern kann.

Schließlich mußten im Rahmen der Intensivierung die Arbeitsproduktivität erhöht und die harten Arbeits- und Lebensbedingungen in diesem Zweig der Volkswirtschaft verbessert werden. Dies gelang unter anderem durch 284 Industrieroboter, davon 275 aus dem eigenen Rationalisierungsmittelbau, die zwischen 1981 und 1986 den Betrieb aufnahmen.

Die obligate Konsumgüterproduktion konzentrierte sich vor allem in Großräschen, wo Gartenkeramik entstand, in Pettstädt, wo Vasen, Kannen und Töpfe aus Keramik produziert wurden, sowie im Betriebsteil Görzke des VEB Ziegelwerke Zehdenick: Dort wurden Puppen gemacht. Kennt noch jemand diese Puppen?

Die Welt darf nicht ohne US-Führung bleiben

Mit diesen Worten beschwört US-Außenminister Antony Blinken den Erhalt der bröckelnden US-Führungsmacht. Aber ist die Abwendung von der “regel-basierten Ordnung” des US-Alleinherrschers womöglich ein Schritt in den (chinesischen) Abgrund?

Von Rainer Rupp

Man dürfe nicht zulassen, dass die Welt ohne die Führung der USA bleibe, erklärte US-Außenminister Antony Blinken bei einer Veranstaltung an der US-Elite-Universität Stanford am 17. Oktober. Gemeinsam mit seiner Amtsvorgängerin, Ex-Außenministerin Condoleezza Rice, sprach er über die zukünftige Entwicklung und Bedeutung von Technologie, Diplomatie und nationaler Sicherheit und in diesem Zusammenhang ausgiebig über die Rolle Chinas. Unter anderem sagte Blinken:

“Rundum stehen wir in einem Wettrennen (mit China), um – wie ich bereits aus unserer Perspektive erklärte – die Ära zu gestalten, die auf die Post-Kalte-Krieg-Periode als nächstes folgt. Wie wird diese Zeit aussehen? Wessen Werte werden widerspiegelt werden? Wir haben eine einfache Entscheidung, denn die Welt organisiert sich nicht von selbst. Die USA haben die Wahl. Wenn wir uns an der Organisation nicht beteiligen und keine Führungsrolle übernehmen, bedeutet das eins von beiden: Entweder sie (die Welt) wird von jemand anderem übernommen, vielleicht von China, und zwar nicht in einer Weise, die voll und ganz mit unseren Interessen und Werten übereinstimmt, oder – was genau so schlimm ist – niemand tut es, dann entsteht ein Vakuum, das eher von schlechten Dingen gefüllt wird als mit guten.”

Hier haben wir sie wieder, die unausstehliche US-amerikanische Selbstverherrlichung, dass nur und ausschließlich die USA das Wahre, Gute und Schöne verkörpern und sich die US-Oligarchen selbstlos aufopfern, den Rest der Welt mit Gaben zu beglücken, wenn nötig mit Bomben und Granaten, mit Sanktionen und Hungersnöten, mit Millionen Toten und noch mehr Verletzten und Flüchtlingen. Aber die Länder der Welt haben längst hinter die glitzernde Kulisse der US-Oligarchen-Demokratie geschaut, erkannt, dass die politische Kaste sich einen feuchten Dreck um die existenziell notwendigen, täglichen Bedürfnisse der Masse der eigenen US-Bevölkerung kümmert, zugleich aber dem Rest der Welt Demokratie und Prosperität vorgaukelt.

Was der neo-liberale Kriegstreiber Blinken in Stanford akademisch verklausuliert aufgetischt hat, wird in den letzten Jahren von westlichen US-Vasallen in Politik, Medien und Wissenschaft vermehrt als warnende Frage in die Länder der sogenannten Dritten Welt getragen; ob nämlich der lang ersehnte, jetzt von China und Russland ermöglichte, vermeintlich befreiende Schritt nach vorn, weg von der ordnenden Pax Americana des US-Alleinherrschers und hin zu einer multipolaren Weltordnung, nicht womöglich ein Schritt in den Abgrund ist?

Dieses Schreckensbild wird von den Vertretern und Profiteuren der im Westen immer noch tonangebenden, aber absterbenden neo-liberalen Ordnung propagiert. Aber welche Alternative kann eine multi-laterale, von BRICS-Staaten geführte neue Ordnung gegenüber der kriminellen, US-geführten US-Kriegs- und Chaosversion bieten? Kann es für die Länder der Welt überhaupt schlimmer werden als die angeblich “regel-basierte Ordnung” der USA und ihrer Vasallen, die stets und überall auf Konfrontationskurs gegen alle Länder gehen, die sich der Ausbeuterordnung der Imperialisten nicht unterwerfen.

Eine Ahnung von der im Entstehen begriffenen, multilateralen Weltordnung bietet die Struktur der von China gegründeten und insbesondere von den BRICS-Staaten unterstützten Asiatischen Infrastruktur- und Investitionsbank (AIIB).

Ein erklärtes Ziel dieser Entwicklungsbank ist es, die bis dahin weltweit allein geltenden, von den USA und ihren neo-liberalen Verbündeten aufgestellten Regeln der globalen Entwicklungsfinanzierung, d.h. den Washingtoner Konsens, auszuhebeln.

Wenn die US-geführte Weltbank z. B. in Afrika eine Wasseraufbereitungsanlage finanziert, dann muss sich das betroffene Land dazu verpflichten, weitere wirtschaftliche “Reformen” in Richtung Marktwirtschaft und

Deregulierungen der Wirtschaft durchzusetzen, u. a. den Abbau von Schutzzöllen und Subventionen zur Entwicklung der eigenen Wirtschaft, die Öffnung der eigenen Wirtschaft zur Ausbeutung durch westliche Raubtier-Konzerne, den Abbau von Arbeitsschutz und Kürzung sozialer Sicherungsmaßnahmen, usw.

Zugleich besteht die Weltbank in der Regel darauf, dass die neue oder die zu modernisierende Wasseraufbereitungsanlage marktwirtschaftlich arbeitet und profitabel ist und deshalb privatisiert werden muss. Das bedeutet, dass die Anlage in dem Entwicklungsland an den Meistbietenden, in der Regel an einen westlichen Konzern, für ‘n Appel und ‘n Ei verhökert wird.

Für die profitorientierten Wasserkonzerne muss der Preis für sauberes Wasser natürlich erhöht werden, selbst wenn dadurch ein Großteil der armen Bevölkerung von der Versorgung mit sauberem Wasser ausgeschlossen wird. Davon sind nicht nur die Entwicklungsländer betroffen, sondern auch die Armenviertel in den reichen und angeblich hochentwickelten Oligarchen-Demokratien des Westens, vor allem in den USA.

In vielen Ländern dominieren private Monopole inzwischen den Bereich der einstmals sozialen ausgerichteten öffentliche Dienstleistungen. Wer nicht zahlen kann, bleibt von der Versorgung ausgeschlossen. Selbstredend sind dadurch mehr Krankheiten und Epidemien und insbesondere eine höhere Kindersterblichkeit vorprogrammiert. Aber für Freiheit und Marktwirtschaft müssen schließlich Opfer gebracht werden, wie wir alle aus den unzähligen Propagandareden westlichen Eliten in Politik und Medien wissen!

Es ist die von den USA und ihren Vasallen kontrollierte Weltbank, die im Verein mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF), für die westlichen Konzerne den Weg freiräumt, um die Länder der Dritten Welt auszuplündern. Die dabei angewandte, neo-koloniale Methode stellt eine raffinierte Verfeinerung, aber nicht weniger brutale Abwandlung des alten Kolonialismus dar. Im Unterschied zu früher ersetzen heute in der Regel Finanz-Instrumente die Kanonen, obwohl auch die immer wieder zum Einsatz kommen, um den Forderungen der westlichen “regel-basierten Ordnung” Nachdruck zu verleihen.

Die Asiatische Infrastruktur- und Investitionsbank (AIIB) arbeitet ganz anders. An ihre Kreditvergabe knüpft sie keine ideologischen oder politischen Vorleistungen der Entwicklungsländer. Die souveräne Regierung eines jeden Landes entscheidet selbst. Einzige Bedingungen sind

- a) Transparenz, also öffentliche Kontrolle zur Vermeidung von Korruption, und
- b) die finanzierten Projekte müssen umweltverträglich sein.

Politische oder andere Bedingungen im Stil des Washingtoner Konsens sind bei der neuen von China gegründeten AIIB-Entwicklungsbank vom Tisch. Wir notieren, dass die Privatisierung von staatlichen oder genossenschaftlichen Unternehmen keine Vorbedingung für einen Kredit ist. Auch die Abschaffung oder Abschwächung von wirtschaftspolitischen Maßnahmen zum Schutz und zur Entwicklung der heimischen Wirtschaft ist keine Vorbedingung der AIIB.

So ist es kein Wunder, dass die AIIB den neo-liberalen Globalisierern unter den westlichen Eliten ein großer Dorn im Auge ist. Denn die Regierungen in den Entwicklungsländern hatten plötzlich die Wahl, sich entweder für westliche Institutionen wie die Weltbank, IWF und Asiatische Entwicklungsbank oder für die chinesische AIIB zu entscheiden. Da die Attraktivität der AIIB im Vergleich zu westlichen Institutionen klar war, galt ihr wirtschaftlicher Erfolg schon bei ihrer Gründung im Jahr 2015 als sicher, weshalb auch europäische Großbanken nicht abseitsstehen wollten. Die meisten westlichen Staaten, einschließlich Frankreich und Deutschland, und sogar England beeilten sich, Mitglied dieser chinesischen Entwicklungsbank zu werden, obwohl Washington vor diesem Schritt nachdrücklich(!) abgeraten hatte.

Nachdem die AIIB 2016 ihre Tätigkeit aufgenommen hatte, entwickelte sie sich schnell zu einem wichtigen Akteur in der globalen Finanzwelt. Anfang 2021 hatte sie bereits 102 zugelassene Mitgliedsstaaten. Die Teilnahme der größeren Volkswirtschaften Europas als Gründungsmitglieder hatte sicher dazu beigetragen, dass die AIIB bei den global führen-

den Rating-Agenturen eine erstklassige Bonitätsbewertung von AAA bekam.

Aber die AIIB war auch ein riesiger diplomatischer Triumph für China, das damit zeigte, dass es auch in der internationalen Wirtschaft eine andere Geschäftspolitik verfolgt als die Raubtier-Kapitalisten des Washingtoner Konsens, nämlich eine Win-win-Politik zum gegenseitigen Vorteil und zur gesellschaftlichen Entwicklung. Letzteres wird z. B. durch die beeindruckenden AIIB finanzierten Investitionen in Afrika, Asien und auch in Latein-Amerika in Projekte der Verkehrs- oder Gesundheits- und Sozialinfrastruktur belegt, z. B. Eisenbahnlinien, Krankenhäuser, Schulen, etc.

Zugleich spielt die chinesische Währung, der Yuan, bei der Finanzierung neuer Infrastrukturprojekte in den Entwicklungsländern den eben genannten Weltregionen eine immer größere Rolle und sie hat das Zeug, den Dollar im Handel mit diesen Regionen nach und nach weitgehend zu ersetzen.

Washington blieb im Abseits sitzen, sah aus der Ferne zu und schmolte. Zugleich musste es zusehen, wie weitere Pfeiler seiner “regel-basierten Ordnung” mehr und mehr zerbröseln. Jetzt, wo die AIIB fest etabliert ist, plant sie zunehmend, ihre eigene Kredit-Pipeline zu entwickeln mit dem Ziel, zur weltweit führenden Finanzinstitution für Infrastruktur zu werden. Ihre Standards werden in Zukunft in den Ländern der Dritten Welt fundamental wichtig sein, was für die Wall Street ein Dorn im Auge und vollkommen inakzeptabel ist.

Aber ohne Beachtung der AIIB-Standards werden die rein westlichen Finanzakteure in den Ländern der Dritten Welt immer mehr an Boden verlieren. Das ist der Grund, weshalb westliche Eliten in Politik und Medien dazu aufrufen, dass “Wir”, also die USA und ihre Vasallen, den Chinesen nicht erlauben dürfen, in Industrie, Technik und Finanzen die Standards für die Märkte der Zukunft zu setzen. Denn das sind die Instrumente, die bisher die Ausbeutung der Welt durch den Westen erheblich erleichtert haben.

Aber um die befürchtete Dominanz chinesischer Standards auf den zukünftigen Märkten der Dritten Welt zu verhindern, sind den denkfaulen Eliten in Washington keine konstruktiven Lösungen eingefallen. Denn eine nachhaltige und breite Anhebung des wirtschaftlichen und technologischen Niveaus, wäre nur durch eine Verbesserung des desaströsen Bildungsniveaus in den USA möglich. Das aber würde über mindestens eine Generation enorme politische, finanzielle und soziale Anstrengungen verlangen, zu denen die parasitären Eliten in Washington nicht bereit sind.

Andererseits fehlt Washington auch die Bereitschaft zur diplomatischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Peking mit dem Ziel eines einvernehmlichen Miteinanders. Denn für die arroganten US-Eliten ist die Vorstellung, gegenüber den aus ihrer Sicht “unterentwickelten” Chinesen nicht als Führungsmacht diktieren zu können, sondern im kollegialen Miteinander zu zusammenarbeiten, vollkommen unakzeptabel.

Stattdessen hat Washington zu seinem bevorzugten, “altbewährten Rezept” im Umgang mit Staaten zurückgegriffen, die nicht gewillt sind, die Interessen Washingtons auf Kosten der eigenen zu bedienen, nämlich:

- Drohung mit Krieg,
- Verhängung von Wirtschaftssanktionen, um Chinas Entwicklung zu blockieren,
- Destabilisierungsversuche in Hongkong und Förderung der lokalen Unabhängigkeitsbewegung, was zu schweren Unruhen führte,
- schwere Provokationen Pekings in Bezug auf Taiwan; De-facto-Aufkündigung des US-China-Abkommens zur “Ein-China-Politik”, in dem Washington ausdrücklich die Zugehörigkeit Taiwans zur Volksrepublik China anerkannt hat; massive Waffenlieferungen an Taiwan.

Ähnlich wie im blutigen Ukraine-Russland-Konflikt übt Washington derzeit auch massiven Druck auf seine europäischen Vasallen aus, die der US-Führungsmacht in ihrer Konfrontationspolitik gegen China zu folgen haben. Auch damit hat Washington bei den meisten deutschen Parteien Erfolg, vor allem bei der “grünen” US-Sekte. Denn aus deren Reihen haben sich bereits freiwillig viele “Selbstmord-Attentäter” gegen die deutsche Wirtschaft gemeldet.

Zuerst erschienen bei RT Deutsch am 22 Okt. 2022

Die drei Soldaten und der Klassenkampf

Bertolt Brecht

Als Gott aus der Welt war

Da war auch nichts mehr unsichtbar.

Und alsbald wurde laut, was schwieg

Der Frieden wurde sichtbar als ein Krieg.

Die Stadt in grauem Nebel lag

Es war ein gewöhnlicher Vormittag.

Die drei Soldaten gingen durch die Straßen

Sie hatten ihre Gewehre unter der Brücke gelassen

Da hatten sie plötzlich eine Vision:

Sie hörten auf einmal einen Kanon.

Durch das Autohupen und Trambahnrollen

Durch das Sausen der U-Bahnstollen

Drang plötzlich Kanonendonner an ihr Ohr.

Doch war nichts anders als zuvor.

Die Leute gingen ruhig wie gewöhnlich über den Damm

Ihrem Geschäft nach, da war es gleichsam

Als sie plötzlich schneller jetzt

So als würden sie gehetzt

So als ob hinter ihnen her

Schösse ein richtiges Maschinengewehr

(Das schoß ohne Soldaten)

Da fielen sie auch schon um in Schwaden.

Die Häuser standen eben noch ruhig dort

Da waren plötzlich die Mauern fort

Und hinter der verschwundenen Wand

War ein blutiger Krieg entbrannt.

Da wälzten sich Menschenknäuel im Kampf

Von unten nach oben ging durch die Häuser ein Krampf.

Und ohne zu reden und ohne zu schreien

Hieben sie aufeinander ein!

Da kamen auch schon von den Enden der Straßen

Bis an die Zähne bewaffnete Massen

Die kämpften über und unter dem Boden

Und füllten die Stadt mit Krüppeln und Toten.

Aber ohne daß sich im täglichen Leben der Städte

Irgendetwas geändert hätte.

Zwischen Trambahnklingeln und Autohupen

Schlachteten sich still die Gruppen

Und jeder Mensch in Restaurant, Bahn, Büro

Wurde bekämpft und kämpfte so.

Und mit jeder Tat und mit jedem Wort

Führte er den Kampf der Klassen fort:

Es kämpfte mit dem Messer

Der Koch mit dem Esser

Der Arzt kämpfte mit den Kranken

Der schlug dem Wärter die Zähne in die Flanken

Der Hauswirt legte dem Mieter Schlingen

Der Mieter versuchte, ihn umzubringen.

Es rangen Richter und Angeklagte

Der Lehrer bekämpfte den, der fragte.

Der Schreiber mit dem Leser

Der Verweste mit dem Verweser:

Es war ein ungeheurer Krieg

Der kannte Opfer, doch keinen Sieg.

Als die drei Soldaten das so sahen

Da war's, als hielte ihr Herzschlag an.

Sie merkten, sie ertrugen's nicht

Drum wandten sie ab das Gesicht

Und machten ihre Augen zu.

Da war auf einmal wieder Ruh

Die Stadt im grauen Nebel lag

Es war ein gewöhnlicher Vormittag.

Erträgt man nicht die Tatsachen

Dann muß man die Augen zumachen.

Dann sagt man, damit man den Schrecken vergißt

Mitten im Krieg einfach: Daß Frieden ist.

Und es brüllen ja auch keine Kanonen

Wo Menschen in nassen Häusern wohnen.

Man schießt nicht hin mit Geschützen

Wo Menschen vor leeren Tellern sitzen.

Man treibt kein Gelbkreuzgas in Fabriken

Wenn Menschen an der Maschine ersticken.

Sondern man sagt: es ist Frieden.

So wird die Revolution vermieden.

+ Aus Leserbriefen + Aus Leserbriefen + Aus Leserbriefen +
Für namentlich gekennzeichnete Leserbriefe tragen die Autoren die Verantwortung.
Deren Meinung muß nicht mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Treffen von Kommunisten

Am 14.und 15. Oktober fand auf dem Ettersberg bei Weimar auf Einladung der DKP Thüringen ein Treffen von Kommunisten statt. Das Motto „...Unsre Herrn, wer sie auch seien, sehen unsre Zwietracht gern, denn solange sie uns entzweien, bleiben sie doch uns’re Herrn.“ (Aus Bertolt Brechts „Solidaritätslied“) und das Ziel „Genossen der Kommunistischen Organisation (KO), der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) und unorganisierte Freunde aus Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt gründen über programmatische Differenzen hinweg ein Aktionsbündnis für Frieden und Sozialismus.“ Wir waren etwa 30 Genossinnen und Genossen, vertraten KPD, DKP, KO, RFB, RF, Freidenker, KPF (PdL), aber auch Nichtorganisierte.

Die Diskussion spiegelte sowohl Gemeinsamkeiten als auch Differenzen in einer Reihe von wichtigen Fragen. Diese wurden in 6 Arbeitsgruppen diskutiert. Eine Zusammenfassung erfolgt durch die einladenden Genossen, eine folgende Veranstaltung ist angesagt.

Mir fiel dabei ein, was Clara Zetkin in ihrem Bericht über den aufkommenden Faschismus auf dem Erweiterten Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (20. Juni 1923) unter anderen ausführte: „Übrigens, um gerecht zu sein, muß ich hinzufügen, daß auch die kommunistischen Parteien – wenn ich von Rußland absehe – nicht ohne Schuld daran sind, daß es im Proletariat Enttäuschte gibt, die sich dem Faschismus in die Arme werfen. Ihre Aktionen sind oft genug nicht kraftvoll genug gewesen, ihre Aktivität nicht ausreichend, und sie erfaßten nicht tief, nicht stark genug die Massen. Ich sehe von Fehlern der Taktik ab, die Niederlagen brachten. Kein Zweifel, daß gerade manche der aktivsten, energischsten revolutionär gesinnten Proletarier nicht den Weg zu uns gefunden haben oder auf diesem Wege umgekehrt sind, weil wir ihrer Empfindung nach nicht tatkräftig, nicht aggressiv genug aufgetreten sind ...“

Ich denke, hier liegt gegenwärtig unser größtes Problem als kommunistische Bewegung. Wir sind zu lasch in unserem Denken und Handeln, weil wir den Faschismus, dessen Anfänge uns überall begegnen, nicht als die größte Gefahr sehen, der wir uns gegenüber sehen. Wir streiten um Imperialismus, um Krieg, um Parteiaufbau (demokratischer Zentralismus), um Staatsaufbau (Rätedemokratie), um China, Rußland, die Ukraine...

Gute Anfänge zu gemeinsamen Handlungen gegen diese Gefahr demonstrierten wir in Dresden jetzt im Oktober: Am 1. durch unsere Teilnahme an der Veranstaltung, die im Rahmen der dezentralisierten Veranstaltungen in ganz Deutschland stattfand, am 7. am Denkmal für die Trümmerfrau am Rathaus, organisiert durch das „Kommunistische Aktionsbündnis Dresden (KAD)“ aus Anlaß des 73 Jahrestages der Gründung der DDR. Erstaunlicher Weise wünschten

die uns kontrollierenden Polizisten der Veranstaltung viel Erfolg. Sie sahen und hörten zu.

Unsere Aufgabe: uns mit mehr persönlichem Einsatz, fundiertem Wissen unters „Volk“ zu mischen, den rechten Elementen damit ihre Ausstrahlung zu nehmen, siehe Clara Zetkin. Ihre Ausführungen gibt es als Broschüre der KPD.

Wees

Die Nacht ist nicht allein zum Schlafen da

Das muß die Demokratie aushalten, meint Frank Walter Steinmeier. Es ist die Angst, die eine Verschärfung der Meinungs- und Diskussionsfreiheit herbeiführt, so ganz heimlich still und leise, und in der Nacht, wenn fast alle schlafen. Und die Presse, die sonst ganz nah dabei sein will, schläft auch. Um was geht es?

Wer sich zu umstrittenen Konflikten der Gegenwart äußert, muß künftig mit Freiheitsstrafen rechnen: Die Neufassung der Volksverhetzung in § 130 bedroht die kritische Auseinandersetzung, sagt Strafrechtsprofessorin Elisa Hoven . Über die politische Wahrheit dürften nicht Amtsgerichte entscheiden.

Bislang durfte man „falsche Behauptungen“ (auch Behauptungen, die die bürgerliche Ideologie bloßstellen) die über politische Entscheidungen oder historische Ereignisse verbreiten, ohne daß es die Gerichte interessiert hätte. Eine Ausnahme gab es: das Leugnen des Holocausts. Das konnte die bürgerliche Demokratie verkraften, bis zum 20.10.22. gegen 23 Uhr. Da beschloß der Bundestag die Neufassung des Absatz 5 in Paragraf 130 StGB. Frau Elisa Hoven stellt fest, das ist nicht weniger als eine kleine Revolution im Strafrecht. Bestraft wird nach dem neuen in Zukunft das Leugnen oder gröbliche Verharmlosen eines jeden Völkermordes, Verbrechens gegen die Menschlichkeit oder Kriegsverbrechens – und erst einmal unabhängig davon, an welchem Ort oder zu welcher Zeit es stattgefunden hat. Es drohen Freiheitsstrafen von bis zu drei Jahren oder Geldstrafen. Wer stellt nun fest, was Kriegsverbrechen sind, die Bundesregierung und die bürgerliche Propaganda? Es könnte also strafbar sein, wenn man den Gedanken, Rußland begehen Kriegsverbrechen, nicht mitträgt, und das äußert, macht man sich strafbar. Das war nur ein Beispiel. Das ganze ist die Unterdrückung der Meinungsfreiheit. Dem Volk soll ein Maulkorb verpaßt werden. Wir können davon ausgehen, daß die Repressalien bei Demonstrationen usw. verschärft werden.

JG

Kalendarium - November
Gedenk- und Feiertage
07. November: Tag der Oktoberrevolution
10. November: Weltjugendtag
2. Sonntag im November: Tag des Chemiearbeiters in der DDR
17. November: Internationaler Studententag
17. November: Tag der Militärjustizorgane in der DDR
3. Sonntag im November: Tag des Metallurgen in der DDR
29. November: Internationaler Tag der Solidarität mit dem palästinensischen Volk
Historische Ereignisse
02.11.1973: Grundsteinlegung für den Palast der Republik.
03.11.1918: Der bewaffnete Aufstand der Kieler Matrosen eröffnet die Novemberrevolution.
03.11.1992: In einem BRD-Strafprozeß werden DDR-Grenzsoldaten als Mörder und Totschläger behandelt.
05.11. bis 05.12.1922: Tagung des IV. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale. Am 13. November spricht Lenin vor den Delegierten zum Thema „Fünf Jahre russische Revolution und die Perspektiven der Weltrevolution“.
06.11.1949: Der Ministerrat der DDR beschließt die Nationalhymne.
07.11.1917: Große Sozialistische Oktoberrevolution. Sturz der bürgerlichen Kerenski-Regierung und Beginn des Aufbaus einer sozialistischen Gesellschaft durch die Machtergreifung des Proletariats, der Arbeiter und Bauern in Rußland.
10.11.1945: Gründung des Weltbundes der Demokratischen Jugend (WBDJ).
11.11.1960: Grundsteinlegung zum VEB Erdöl-Verarbeitungswerk (EVW) Schwedt.
12./13.11.1955: Nationalrat der Nationalen Front beschließt Programmerklärung „Alle Kraft für die Stärkung der DDR“
15.11.1960: Veröffentlichung des Entwurfs zum „Gesetzbuch der Arbeit“ der DDR, welches die Volkskammer am 12.04.1961 beschließt.
19. und 20.11.1942: Beginn der Offensive der sowjetischen Truppen an der Stalingrader Front und am 23.11.1942 ist der Kessel von Stalingrad geschlossen.
20.11.1945: Beginn des Kriegsverbrecherprozesses in Nürnberg.
22.11.1972: Beginn der Vorgespräche in Helsinki für eine KSZE in Europa
23.11.1955: Beginn des KPD-Verbotsprozesses. Die Bundesregierung erhebt Verfassungsklage gegen die KPD, die als Remilitarisierungsgegner per Gerichtsbeschluß verboten werden soll. (17.08.1956: Bundesverfassungsgericht verbietet die KPD)
Historische Personen
02.11.1874: Rudolf Breitscheid geboren.
04.11.1936: Etkar Andre von den Nazis ermordet.
05.11.1917: Dr. sc. Dr. h.c. Kurt Gossweiler geboren
06.11.1919: Irma Thälmann (verheiratete Gabel) geboren.
07.11.1944: Richard Sorge ermordet
09.11.2006: Markus Wolf gestorben.
10.11.1887: Arnold Zweig geboren.
10./11. 07.1934: Erich Mühsam von den Nazis ermordet.
10.11.1982: Leonid Breshnew gestorben.
12.11.1967: Kurt Bartel (Kuba) gestorben.
19.11.1900: Anna Seghers geboren.
25.11.2016: Fidel Castro gestorben
28.11.1820: Friedrich Engels geboren.

Impressum: Die Rote Fahne
ISSN 1433-6383 Herausgeber: Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands. Presse-, Publikations- und Informationsdienst der KPD -PPI- Eigenverlag und Vertrieb „Wilhelm Pieck“. Redaktion: „Die Rote Fahne“ / „Schriftenreihe der KPD“. Redaktionsanschrift: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin. Internet-Homepage: www.drf.k-p-d.org E-Mail: info.drf@k-p-d.org Für Artikel: redaktion-drf@k-p-d.org Abonnement: abo-drf@k-p-d.org Bankverbindung: Berliner Sparkasse - IBAN: DE23 1005 0000 1813 0614 63 - BIC: BELADEBEXX. Chefredakteurin: Iris Harnack, V.i.S.d.P. – Stellvertreter: K. Günther Redaktion: J. Geppert, M. Kubi, T. Schlaack, W. Schumann, G. Hollender, Druck: Druckhaus Zeitz, An der Forststraße, 06712 Zeitz. Die „Die Rote Fahne“ ist als Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands ihrem Programm verpflichtet. Die Kommunistische Partei Deutschlands ist als Partei beim Bundeswahlleiter registriert. Für namentlich gekennzeichnete Beiträge tragen die Autoren die Verantwortung. Deren Meinung muß nicht mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen. Unsere Autoren schreiben sämtlich honorarfrei. Die Redaktion arbeitet ehrenamtlich. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Redaktionsschluß für „Die Rote Fahne“ Dezember 2022: 15. November 2022.

Kontaktadressen der KPD
• Zentralkomitee der KPD Franz-Mehring-Platz 1 10243 Berlin Telefon 0170/1831495 Telefon 0361/64458760 E-Mail: post@k-p-d.org • Redaktion „Die Rote Fahne“ siehe Impressum (S. 7 rechts unten) • KPD-Landesorganisation Berlin Franz-Mehring-Platz 1 10243 Berlin Telefon 0170/1831495 E-Mail: ll.berlin@k-p-d.org Internet: http://berlin.k-p-d.org Büro: jeden Mittwoch 16 bis 18 Uhr • KPD-Landesorganisation Brandenburg c/o Cornelia Noack E-Mail: cornelianoack@gmx.net • KPD-Regionalorganisation Oder-Spree c/o Jens Röstel E-Mail: jens.roestel@freenet.de • KPD-Landesorganisation Sachsen Email: ll.sachsen@k-p-d.org • KPD-Regionalorganisation Dresden c/o Torsten Reichelt E-Mail: ro.dresden@k-p-d.org Kontakt Oberlausitz: 03583/69 07 45 • KPD-Regionalorganisation Leipzig/Umland c/o Patrick Büttner E-Mail: ro.leipzig-umland@k-p-d.org • KPD-Landesorganisation Sachsen-Anhalt E-Mail: sachsen-anhalt@k-p-d.org • KPD-Regionalorganisation Halle/Bernburg E-Mail: ro.halle-bernburg@k-p-d.org • Regionalorganisation Zeitz E-Mail: ro.zeitz@k-p-d.org • KPD-Landesorganisation Thüringen • KPD-Regionalorganisation Erfurt • KPD-Regionalorganisation Bad Langensalza und Umland c/o Torsten Schöwitz Johannesstraße 156 99084 Erfurt • KPD Bayern c/o Maximilian Billner Email: kpd-bayern@gmx.de • KPD Hessen c/o Felix Weitzel Rheingauer Str. 13 65388 Schlangenbad E-Mail: hessen@k-p-d.org • KPD Mecklenburg-Vorpommern c/o Lothar Piechowski Klein-Lehmhagensdorfstraße 31 18507 Grimmen Telefon 038326 / 42 47 99 • KPD NRW c/o Christian Kunz Postfach 17 16 66110 Saarbrücken E-Mail: nrw@k-p-d.org • KPD Wasserkante c/o Thomas Schlaack 24148 Kiel E-Mail: wasserkante@k-p-d.org

Zitat

Wir wollen den Frieden.
Das ist die nächste
schwere Aufgabe aller,
die Menschliches wollen.

Erich Mühsam



+++ International +++ International +++

Auszug aus dem Kommuniké des Zentralkomitees der PCP vom 17. und 18. September 2022 - Portugiesische Kommunistische Partei

18. September 2022

Das Zentralkomitee der PCP, das am 17. und 18. September 2022 tagte, bewertete die Entwicklung der internationalen Situation; untersuchte die nationale politische Situation und die notwendigen Lösungen für das Land; definierte die Prioritäten der Intervention und der Stärkung der Partei; billigte das Reglement der Vorbereitungsphase und den Resolutionsentwurf für die Nationale Konferenz, die am 12. und 13. November stattfinden wird.

I - Entwicklung der nationalen und internationalen Lage

1. Die Entwicklung der internationalen Lage bestätigt die Analysen und Standpunkte der PCP in Bezug auf die Art und die Ursachen der globalen Situation der Instabilität und Unsicherheit. Die Anzettlung von Kriegen, das militaristische Treiben und die von den USA, der Europäischen Union und der NATO verhängten Sanktionen führen zu einer schwerwiegenden Verschlechterung der wirtschaftlichen und sozialen Lage mit ungezügelter Spekulationen, einem schwindelerregenden Anstieg der Preise für Energie, Lebensmittel und andere Grundbedürfnisse, Angriffen auf die Lebensbedingungen und einer Verschärfung von Armut und Hunger, wodurch die Welt in eine äußerst gefährliche Situation gerät.

Das Zentralkomitee der PCP bringt seine Besorgnis über die jüngsten Entwicklungen zum Ausdruck, die die Option der USA, der NATO und der EU auf eine allgemeine Konfrontation, namentlich gegen China und Russland, bestätigen. Dazu gehören die Eskalation des Krieges in der Ukraine, aber auch die jüngsten Provokationen im asiatisch-pazifischen Raum (namentlich um Taiwan und das militaristische Abdriften in Japan), die jüngste Welle der israelischen Aggression gegen das palästinensische Volk und die Fortsetzung der Aggression gegen Syrien, um nur einige zu nennen. Diese Option unterstreicht die Schlussfolgerungen des NATO-Gipfels in Madrid, die darauf abzielen, den Militarismus und Interventionismus weltweit und insbesondere in der asiatisch-pazifischen Region zu stärken.

Das Zentralkomitee der PCP ist der Ansicht, dass die USA, die NATO und die EU aufhören müssen, den Krieg in der Ukraine anzuhetzen, und dass sie Wege für Verhandlungen mit anderen Akteuren, insbesondere der Russischen Föderation, eröffnen müssen, um eine politische Lösung und eine Antwort auf die Probleme der kollektiven Sicherheit und der Abrüstung in Europa zu erreichen, die den Grundsätzen der UN-Charta und der Schlussakte von Helsinki

entsprechen. Die PCP begrüßt die Arbeiter und Völker, die sich der Ausbeutung, der Aggression und der imperialistischen Unterdrückung widersetzen und den Kampf für ihre Rechte und ihre Souveränität fortsetzen.

Die Zahl der Hungernden in der Welt nimmt zu

Am Welternährungstag besteht die Gefahr, dass die Menschheit ein weiteres Jahr mit einer Rekordhungerquote zu kämpfen hat, da die weltweite Nahrungsmittelkrise immer mehr Menschen zu Opfern dieser Geißel macht.

In den ersten Monaten des Jahres 2022, so Prensa Latina, stieg die Zahl der Hungernden in der Welt von 282 Millionen auf 345 Millionen. Deshalb ist der operative Plan des Welternährungsprogramms (WFP) für 2022 der ehrgeizigste in seiner Geschichte und legt den Schwerpunkt auf Maßnahmen, die verhindern sollen, dass Millionen Menschen an Hunger sterben.

Der Nahrungsmittelbedarf der Welt verschärft sich derzeit durch das Zusammentreffen von Krisen, die durch Klimaschwankungen, Konflikte und wirtschaftlichen Druck verursacht werden.

Das WFP hat seine Ziele für die Nahrungsmittelhilfe in diesem Jahr auf die Rekordzahl von 153 Millionen Menschen ausgeweitet; zur Jahresmitte hatte es bereits 111,2 Millionen Menschen unterstützt, heißt es in der PL-Notiz weiter.

Der Exekutivdirektor des Programms, David Beasley, sagte, wir stünden vor einer beispiellosen globalen Nahrungsmittelkrise, und alles deute darauf hin, dass das Schlimmste noch vor uns liege, da die Hungerzahlen in den letzten drei Jahren immer wieder neue Höchststände erreicht hätten.

„Lassen Sie es mich klar sagen: Die Lage kann und wird sich verschlimmern, wenn nicht in großem Umfang koordinierte Anstrengungen unternommen werden, um die Ursachen dieser Krise zu beseitigen. Wir können uns kein weiteres Jahr mit Rekordhunger leisten“, warnte er.

Die häufige Abfolge von Konflikten führt bei den Schwächsten zu einer Hungersnot erheblichen Ausmaßes, wobei der Krieg in der Ukraine den Welthandel unterbricht, die Transportkosten und Lieferzeiten erhöht und den Landwirten den Zugang zu den benötigten Betriebsmitteln verwehrt.

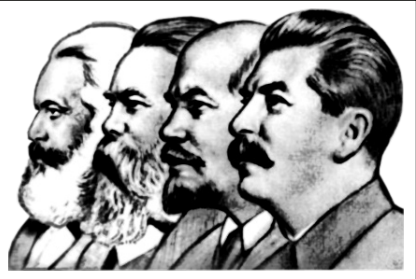
Darüber hinaus wird die Reaktionsfähigkeit der Regierungen durch die wirtschaftlichen Probleme der einzelnen Länder, wie Währungsabwertung, Inflation und Schuldenprobleme, eingeschränkt, während die Gefahr einer weltweiten Rezession wächst.

Der WFP-Einsatzplan sieht vor, die nationalen Nahrungsmittelsysteme und Versorgungsketten zu stabilisieren und nach Möglichkeit widerstandsfähig zu machen.

Unter anderem wurde die Hilfe in Sri Lanka als Reaktion auf die Wirtschafts-

Wir gratulieren ganz herzlich allen Lesern unserer Zeitung, die im Monat November Geburtstag haben und wünschen alles erdenklich Gute für den weiteren Lebensweg.

Zentralkomitee der KPD und Redaktion DRF



krise versechsfacht, die Maßnahmen in Somalia als Reaktion auf die drohende Hungersnot auf ein Rekordniveau ausgeweitet und zwei von fünf Afghanen wurden mit Nahrungsmitteln unterstützt, berichtete die Nachrichtenagentur.

Angesichts der steigenden Kosten für humanitäre Hilfe und der zunehmenden Lieferzeiten diversifizierte das WFP sein Lieferantennetz, um die lokale und regionale Beschaffung zu fördern.

In diesem Jahr wurden 47 Prozent der Nahrungsmittel aus Programmländern bezogen, was insgesamt 200 Millionen US-Dollar kostete. Außerdem wurde die Bereitstellung von Bargeldtransfers ausgeweitet, die nun 35 Prozent der Nahrungsmittelsoforthilfe ausmachen.

Die Bemühungen zur Unterstützung eines Teils der am stärksten gefährdeten Menschen finden jedoch in einem schwierigen globalen Kontext statt, in dem die Zahl derer, die unter extremem Hunger leiden, rapide ansteigt, was ein kohärentes globales Handeln für Frieden, wirtschaftliche Stabilität und humanitäre Unterstützung erfordert.

Redacción Digital | Granma

Nach diplomatischen Schlagabtausch: EU verlängert Sanktionen gegen Nicaragua

Managua/Brüssel. Der Rat der Europäischen Union (EU) hat am vergangenen Donnerstag die Sanktionen gegen 21 Vertreter:innen der Regierung Nicaraguas und gegen drei Institutionen des Landes um ein weiteres Jahr verlängert. Laut einer Erklärung der EU umfassen die Sanktionen, die bis zum 15. Oktober 2023 gelten, das Einfrieren von Vermögenswerten der betroffenen Personen und das Verbot für EU-Bürger und Unternehmen, mit ihnen in Geschäftskontakte zu treten. Für Einzelpersonen gilt außerdem ein Verbot, das EU-Gebiet zu bereisen oder zu durchqueren.

Die Entscheidung der EU folgt auf die als "ungerechtfertigt" bezeichnete Ausweisung der EU-Botschafterin Bettina Muscheidt und den Abbruch der Beziehungen zu den Niederlanden (amerika21 berichtete).

Außerdem hatte die EU im Gegenzug zur nicaraguanischen Ausweisung auf Initiative ihres Außenbeauftragten Josep Borell die nicaraguanische Botschafterin bei der EU, Zoila Yanira Müller Goff, zur Persona non grata erklärt und sie ebenfalls aus der EU verwiesen.

Nicaraguas Schritt war erfolgt, nachdem die EU Nicaragua bei den Vereinten Nationen aufgefordert hatte, "die Unterdrückung von Oppositionellen, Priestern, Journalisten und unabhängigen Medien zu beenden und an der Wiederherstellung der Demokratie im Lande zu arbeiten". Außerdem forderte die EU die Regierung von Präsident Daniel Ortega auf, dass "die derzeitige soziopolitische Krise durch einen echten Dialog zwischen der Regierung und der Opposition gelöst werden muss".

In den letzten Jahren hatten die EU und die USA wegen Menschenrechtsverletzungen und Korruption Reise- und Wirtschaftssanktionen gegen Dutzende Regierungsvertreter, enge Mitarbeiter und Familienmitglieder des nicaraguanischen Präsidenten verhängt.

Die diplomatischen Konflikte mit USA und EU bereiten der oppositionellen und unternehmernahen Online-Zeitung La Prensa indes Sorge. Sie erinnerte die Regierung Ortega an die für das Land wich-

tigen Wirtschaftsbeziehungen zu europäischen Ländern. Aktuell belaufen sich die Exporte auf etwa 280 Millionen US-Dollar jährlich. Das wichtigste Exportgut in die EU ist Kaffee.

Die Regierung Nicaraguas sieht die Positionen und Sanktionsmaßnahmen der USA und EU als Einmischung und stellt sie in den Zusammenhang von Kriegsführung wie während des Contra-Krieges in den 1980er Jahren. Aus diesem Grund baut die sie seit Jahren ihre Beziehungen zu China und Russland aus und sucht eine Vernetzung mit lateinamerikanischen Ländern.

Nicaraguas Außenminister Denis Moncada hob bei der Amtseinführung des neuen Botschafters der Regierung von Präsident Gustavo Petro in Kolumbien am letzten Freitag noch einmal die Anforderungen an diplomatische Beziehungen hervor. Er erklärte, dass die Außenpolitik des Landes immer auf die Aufrechterhaltung und die Stärkung der Beziehungen unter Berücksichtigung der Wiener Konvention ausgerichtet sei. Neben der Grundlage des Völkerrechts und der Charta der Vereinten Nationen seien die "heilige Achtung der Länder vor der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten und die souveräne Gleichheit der Staaten" grundlegende Prinzipien.

Rudi Kurz | amerika21

Die Welt wäre ohne die Blockade gegen Kuba besser dran

Die Blockade ist das zentrale Element, das den Charakter der US-Politik gegenüber Kuba bestimmt

„Kuba hat das Recht, ohne Blockade zu leben, es hat das Recht, in Frieden zu leben, jeder wäre ohne Blockade besser dran, die Vereinigten Staaten wären ein besseres Land, wenn sie uns nicht blockieren würden, die Welt wäre ohne die Blockade gegen Kuba besser dran“, sagte gestern Außenminister Kubas, Bruno Rodríguez Parrilla, bei der Vorstellung des Berichts „Notwendigkeit der Beendigung der von den Vereinigten Staaten von Amerika gegen Kuba verhängten Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade (August 2021-Februar 2022)“ vor der Presse.

Er prangerte an, dass die Blockade nicht neu, aber chirurgisch verbessert worden sei und es auf die Haupteinnahmequellen des Landes abgesehen habe, um die Auswirkungen auf das tägliche Leben unserer Bevölkerung zu verstärken.

Er gab bekannt, dass in den ersten 14 Monaten der Amtszeit von Joe Biden der durch diese Politik verursachte Schaden 6.364.000.000 Dollar betrug, was einen historischen Rekord darstellt.

Er wies darauf hin, dass die Blockade das zentrale Element ist, das den Charakter der US-Politik gegenüber Kuba bestimmt. Und Bidens Politik sei bedauerlicherweise die gleiche Politik wie die der Republikaner.

Er betonte, dass die Blockade jeder kubanischen Familie, den in den Vereinigten Staaten lebenden Kubanern, den US-Bürgern sowie Menschen und Unternehmen in der ganzen Welt schade.

„Angesichts dieser Widrigkeiten“, sagte er, „bleibt unser Land aber nicht stehen und hört nicht auf, sich zu erneuern. Wir werden auch niemals unser Projekt der sozialen Gerechtigkeit aufgeben“, sagte er.

Milagros Pichardo | Granma

Abonnement:

Die Rote Fahne

☐

Ich möchte die Druckausgabe „Die Rote Fahne“ im Jahresabo. Preis 25,00 Euro beziehen.

☐

Ich möchte die Druckausgabe „Die Rote Fahne“ im Förderabo. Preis 35,00 Euro beziehen.

☐

Ich möchte das ePaper (PDF) „Die Rote Fahne“ im Jahresabo. Preis 18,00 Euro beziehen.

Email-Adresse erforderlich

☐

Ich möchte das ePaper (PDF) „Die Rote Fahne“ im Förderabo. Preis 28,00 Euro beziehen.

Email-Adresse erforderlich

☐☐

Name

Vorname

Straße

PLZ

Wohnort

Telefon/Fax

Email

@